

# Evangelische Verantwortung

## Niedriger - einfacher - gerechter: Plädoyer für eine radikale Reform der Einkommensbesteuerung

Roland Koch

Wenn selbst Steuerberater, die zum Gutteil davon leben, daß sie den Bürger durch den inzwischen fast undurchdringbar gewordenen Steuerdschungel führen, eine Reform des Einkommenssteuersystem fordern, dann ist dies ein unübersehbares Signal für eine grundlegende Auseinandersetzung mit unserem Steuersystem. Allein dessen Kompliziertheit wäre schon Grund genug. Dazu kommt aber, daß die Besteuerung eine entscheidende Bestimmungsgröße für Wachstum und Beschäftigung ist, für Größen, die in der politischen Prioritätenskala ganz oben stehen.

Die Einkommensteuer muß niedriger, einfacher und gerechter werden, denn die Bürger werden übermäßig belastet. Dies drückt sich unter anderem darin aus, daß die Durchschnittsbelastung der Bürger in den letzten Jahren erheblich angestiegen ist. Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler war die durchschnittliche Steuerbelastung mit rund 46 % noch nie so hoch. Zu dieser Belastung trägt die Lohn- und Einkommensteuer wesentlich bei.

Unser Lohn- und Einkommensteuersystem hat sich auch ungerecht entwickelt. Eine Vielzahl von Sonderregelungen und Steuervorteile durchbrechen das grundlegende Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit



Roland Koch, MdL

und verringern die Bemessungsgrundlage, die die Grundlage für die Besteuerung ist. Dazu kommt, daß die Vielzahl dieser Regelungen häufig ihre beabsichtigten Lenkungsmaßnahmen nicht erreichen, sondern sich konterkarieren. Bei den verschiedenen Unterformen der Einkommensteuer (Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer einschließlich Zinsabschlag und veranlagte Einkommensteuer) liegt der Aufkommensanteil der Lohnsteuer heute bei etwa fünf Sechsteln. Das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer stagniert wegen Aushöhlung der Bemessungsbasis seit Jahren bei durchschnittlich etwa 38 Mrd. DM. Nach Berechnungen des Sachverständigenrates wurden z.B. im

Jahr 1989 lediglich 57,4 % des Volkseinkommens durch die Einkommen- und Körperschaftssteuer erfaßt. Diese Quote dürfte sich bis heute weiter verringert haben.

### Folgen für die Wirtschaft

Die zwangsläufige Folge der Aushöhlung der Bemessungsgrundlage ist ein im Vergleich zu anderen Industrieländern viel zu hohes Steuertarifniveau mit leistungshemmenden Steuersätzen auf den Einsatz von Kapital und Arbeit. Die volkswirtschaftlichen Folgen sind unübersehbar. Die zu hohe Besteuerung der Arbeit führt zur Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland oder zu Rationalisierungsmaßnahmen. Investitionen, vor allem auch ausländische, bleiben aus, da ihre Rentabilität in Ländern mit niedrigeren Steuersätzen höher ist.

Wir brauchen deswegen eine grundlegende Reform unseres Einkommensteuersystems, das einfacher und gerechter ist und niedrigere Steuersätze aufweist. Je niedriger die Steuerbelastung sein

## Themen- schwerpunkt Werte

Beiträge von:

Elisabeth Motschmann 3

Kristel Bendig 5

Dr. Jürgen Warnke 7

wird, desto mehr Investitionen wird es geben, und je mehr Investitionen stattfinden, desto mehr Arbeitsplätze können neu geschaffen werden. Bekanntlich nehmen mit Steuersatzsenkungen auch der Steuerwiderstand (Verringerung der Anreize für Steuerhinterziehung und zur Schwarzarbeit) und die Erosion der Bemessungsgrundlage ab. Die Frage ist, wie niedrigere Steuersätze zu erreichen sind, ohne daß der Staat in den Bankrott getrieben wird. Der Lösungsweg liegt darin, daß Senkungen der Steuersätze vor allem durch eine Erweiterung der Steuerbemessungsgrundlage möglich werden, so daß bei einer Erhöhung der verfügbaren Masseneinkommen und der Investitionsrendite die inländische Güternachfrage mit entsprechenden positiven Beschäftigungsfolgen angeregt wird und das Bruttosozialprodukt steigt. Neben der Streichung von Steuervergünstigungen liegt darin der Weg zur Finanzierung niedriger Steuersätze.

## Folgen einer Steuersenkung

Auf den ersten Blick mag die Feststellung paradox erscheinen, daß der Staat bei niedrigeren Steuersätzen höhere Steuereinnahmen erzielen kann und dies außerdem noch zu einer gerechteren Besteuerung führen soll. Ein Blick in die Vereinigten Staaten, wo wiederholt die Auswirkungen von Steuersatzänderungen zu beobachten waren, zeigt, daß dies kein Widerspruch ist. Als Präsident Ken-

edy die Steuersätze senkte, war nicht nur ein starkes Wachstum die Folge, sondern die Steuereinnahmen stiegen rasant an. Mit dem „tax reform act“ von 1986 war ebenfalls eine massive Reduktion der Steuersätze bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage verbunden, bei der viele Steuervorteile und Ausnahmeregelungen abgeschafft wurden. Auch hier war bei der gesenkten Einkommensteuer bei niedrigeren Einkommensteuersätzen nicht nur keine Senkung der Steuereinnahmen, sondern sogar eine verbesserte Aufkommenssituation feststellbar. Entgegen der landläufigen Erwartung waren es die sogenannten „Reichen“, die danach größere Anteile an der Steuerlast trugen.

Auch wenn sich amerikanische Erfahrungen nicht im Maßstab 1:1 auf unser Land übertragen lassen, so zwingen sie doch dazu, mit dem Vorurteil aufzuräumen, daß volkswirtschaftlich nur höhere Steuern zu höheren Staatseinnahmen führen würden. Das Gegenteil ist richtig. Niedrigere Steuersätze tragen erheblich zu höherem Wirtschaftswachstum bei. Wenn niedrigere Tarife gleichzeitig mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage verbunden werden, d.h. daß die Zahl der steuerlichen Vergünstigungen drastisch eingeschränkt wird, führt dies auch zu mehr Steuergerechtigkeit. Eine Lektion, die gerade die Sozialdemokraten in unserem Land noch lernen müssen: Nicht höhere Steuersätze, son-

dern niedrigere, in Verbindung mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage führen dazu, daß der Anteil, den die Bezieher niedrigerer Einkommen am gesamten Steueraufkommen zu erbringen haben, zurückgeht.

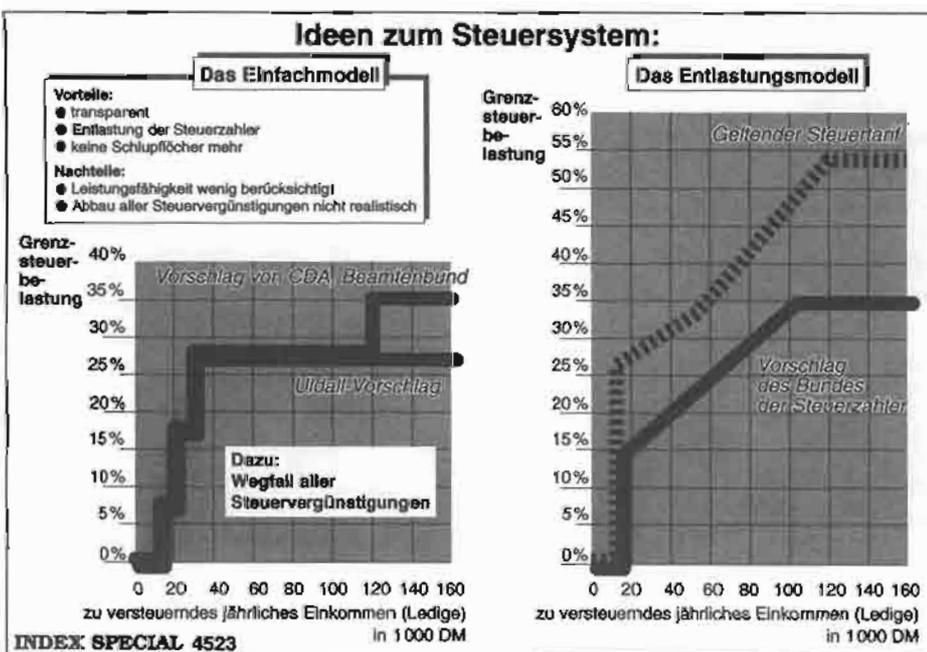
## Keiner soll mehr als ein Drittel Steuern zahlen

Deutschland kann seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zum Erhalt und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze nur erreichen, wenn das Steuersystem bei den direkten Steuern im Vergleich zu anderen Industriestaaten keine unverträgliche hohe Steuerlast beinhaltet. Ein Steuersystem, bei dem keinem Bürger mehr als ein Drittel seines Einkommens genommen wird, ist möglich, wie die Diskussion des sogenannten **Uldall-Modells** zeigt.

Kernpunkt dieser Überlegungen ist, daß zunächst das Existenzminimum frei von Steuern bleiben muß. Das über das Existenzminimum hinausgehende Einkommen soll so besteuert werden, daß in der ersten Stufe ein Steuersatz von 10 %, danach ein Steuersatz von 20 % und für eine oberste Einkommensgruppe ein Steuersatz von höchstens 33 % nicht überschritten wird.

Dies ist natürlich nur zu finanzieren, wenn alle Steuervergünstigungen bis auf die Freibeträge zur Alterssicherung, die Kinderfreibeträge und den Arbeitnehmerfreibetrag abgeschafft werden. Die Sonderregelungen wesentlich für die Unüberschaubarkeit und die Kompliziertheit der Handhabung unseres jetzigen Steuerrechts verantwortlich sind, wird damit ein unüberschätzbarer Beitrag zur Vereinfachung des Steuersystems geleistet. Dazu kommt, daß diese Verbreiterung der Bemessungsgrundlage nicht nur niedrigere Steuersätze möglich macht, sondern gleichzeitig auch zu mehr **Steuerehrlichkeit** beiträgt, weil der Anreiz, Gelder bei niedrigeren Steuersätzen ins Ausland zu schaffen, schwindet. Dadurch können Milliardenbeträge der deutschen Steuer zugeführt werden, die bisher nicht angegeben worden waren.

Modellrechnungen für das Uldall-Modell ergeben folgende Überlegungen: Durch die Senkung der Tarife der Einkommen- und Körperschaftssteuer ergeben sich



### Pfälzische Kirche fördert 80 Lehrstellen

Die Evangelische Kirche der Pfalz wird zwei Jahre lang 80 zusätzliche Lehrstellen mit insgesamt 576.000 Mark aus Kirchensteuermitteln fördern. 39 der zugesagten Ausbildungsplätze lägen in den strukturschwachen Gebieten der Nord- und Westpfalz, erklärte Pfarrer Claudius Fabian, der Koordinator der Initiative im Diakonischen Werk. Das kirchliche Hilfswerk informiert derzeit Betriebe über die Modalitäten der Förderung. Die Zugehörigkeit zu einer Kirche spiele bei der Auswahl der Lehrstellenbewerber keine Rolle. Mit der Initiative sollen besonders kleinere Unternehmen in die Lage versetzt werden, Auszubildende aufzunehmen.

Mindereinnahmen von rund 122 Mrd. DM. Durch die verbreiterte Bemessungsgrundlage ergibt sich eine Mehreinnahme von rund 76 Mrd. DM, so daß sich ein zu finanzierendes Saldo von rund 46 Mrd. DM im ersten Jahr ergibt, d.h. ohne die Wachstumswirkungen, die weiter zur Verkleinerung der Lücke in den Folgejahren führen. Da Uldall allerdings bei seinem Modell von einem maximalen Steuersatz von 28 % ausging, ist die Finanzierungslücke bei den hier vorgeschlagenen Steuersätzen von 10 %, 20 % und dem Höchstsatz von 33 % um mindestens 15 Mrd. DM geringer.

Berücksichtigt man, daß heute rund ein Viertel des in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nachgewiesenen Volkseinkommens legal steuerbefreit ist und dabei insbesondere private (nicht gewerbliche) Einkünfte aus Immobiliengeschäften und Wertpapiervermögen enthalten sind, die ebenfalls zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage beitragen, ergibt sich ein ausreichendes Steuervolumen.

Allein daraus läßt sich ersehen, daß die derzeit immer wieder auftauchende Diskussion über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, die zur Schließung einer vermeintlichen Finanzierungslücke herangezogen werden müßte, grotesk ist. Es hat eher den Anschein, daß diese Debatte eingesetzt werden soll, um eine wirkliche

Reform des Einkommensteuersystems mehr zu verhindern als zu befördern.

Noch vor einigen Jahren schien eine Diskussion um eine grundlegende Änderung des Lohn- und Einkommensteuersystems kaum eine Chance auf Erfolg zu haben. Dies hat sich grundlegend geändert. Die Debatte um den Standort Deutschland hat nicht nur die globalen negativen Folgen unseres jetzigen Steuersystems für Wachstum und Beschäftigung offengelegt, sondern zu einer so intensiven Beschäftigung mit den volkswirtschaftlichen Folgen der heutigen Regelungen geführt, wie es sie lange Jahre außerhalb der Wissenschaft nicht gegeben hatte. Allein der Vergleich der Steuersätze und -systeme der wichtigsten Industrieländer unterstreicht die **Notwendigkeit einer radikalen Veränderung**. Mancher Verteidiger des bisherigen Systems ist dabei vom „Saulus zum Paulus“ geworden, wie es etwa der über alle Parteigrenzen hinweg anerkannte Steuerexperte und Staatssekretär im

rheinland-pfälzischen Finanzministerium, Thilo Sarrazin, für sich nach dem Studium dieser Wirkungen formuliert hat.

Natürlich scheuen viele die Unabwägbarkeiten, die eine so radikale Reform mit sich bringen kann, und sprechen sich für einen behutsamen „Weg der kleinen Schritte“, der schrittweisen Reform des jetzigen Systems, aus. Wer aber dies drängende Problem der Arbeitslosigkeit wirklich und wirksam angehen will, braucht Mut und Kühnheit und darf die Faktoren nicht außer acht lassen, die heute wesentlich dazu beitragen, daß bei uns die Kosten der Arbeit zu hoch und die Renditen von arbeitsplatzschaffenden Investitionen zu niedrig sind. Dies gilt besonders dann, wenn alle Berechnungen zeigen, daß ein Modell mit niedrigeren Steuersätzen nicht nur realisierbar ist, sondern zugleich einfacher und gerechter ist. ■

Anm.:

Roland Koch, MdL, ist Vorsitzender der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag.

## Mehr Mut zur Vermittlung von Werten

Elisabeth Motschmann

Die Schreckensmeldungen über Gewalttaten und Verbrechen überschlagen sich. Fast täglich werden wir konfrontiert mit Gewalt auf Straßen und Schulhöfen, in Wohnungen - ja auch in Kinderzimmern. Die Kriminalstatistiken sprechen eine deutliche Sprache. Gewalt richtet sich nicht nur gegen Ausländer. Betroffen sind vor allem Frauen, alte Menschen, mitunter sogar Behinderte.

Sexueller Mißbrauch von Kindern zählt zu den schrecklichsten Verbrechen überhaupt. Unter den Tätern sind Männer fast jeden Alters sowie viele Jugendliche. Fragt man sie nach den Motiven ihres Handelns, so sind die Antworten unfaßbar. Sie selbst wissen keine Begründung für ihr grausames Tun. Ein Problem - oder gar Schuldbewußtsein - ist in den mei-

sten Fällen bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Totale Ziel- und Sinnlosigkeit spiegelt sich in vielen Gewalttaten wider.

Welche Ursachen haben zu dieser ethischen Verwahrlosung vieler Menschen geführt? Wer hat versagt? Die Familie, die Schule, die Kirchen, die Medien? Reichen unsere Gesetze nicht aus, oder greift die Polizei nicht konsequent durch? Wer über diese Fragen nachdenkt, wird schnell zu der Überzeugung kommen, daß staatliche Institutionen oder die Medien allenfalls eine Mitverantwortung für den Werteverfall in unserer Gesellschaft tragen. Auch der Ruf nach schärferen Gesetzen oder einem harten Durchgreifen der Polizei wird den Problemen nicht gerecht.

Hauptverantwortlich für die fundamentale Sinnkrise, für den verheerenden Seelenzustand von Jugendlichen ist und

bleibt die Familie. Wer Brandsätze legt, Gewalt anwendet - auf welche Art auch immer -, leidet an einem Defizit an Liebe und Geborgenheit, leidet an fehlender Aufmerksamkeit und Zuwendung. „Heute sind viele junge Menschen auf den Straßen, weil sie die Liebe, das Füreinander-da-sein, die Freude in den Familien entbehren. So suchen sie sehr oft nach Erfüllung außerhalb ihrer Familien. Sie hungern nach Liebe, sie sind sich selbst überlassen, weil ihre Eltern zu beschäftigt sind.“ Diese Diagnose hat die im Augenblick schwerkranke Mutter Teresa gestellt, und sie hat recht.

Angesichts dieser Situation wird es höchste Zeit, das negative Reden über die Familie zu beenden. Familie als der erste und wichtigste Ort zur Vermittlung von Werten braucht unsere Unterstützung. Diese besteht zunächst ganz einfach darin, daß wir über den Wert der Familie privat und öffentlich positiver reden. Dies fällt leichter, wenn man sich vor Augen führt, was die Familie gerade im Hinblick auf das Weitergeben von Werten, Normen und Tugenden leisten kann. Der familiäre Einfluß auf die junge Generation kann gar nicht genug betont werden.

### Fundamente legen

In der Familie wird das Fundament gelegt, auf das ein Mensch sein ganzes Leben aufbauen kann - oder eben auch nicht. Eine der ersten und wichtigsten Lebenserfahrungen des Kindes ist das Vertrauen zu seinen Eltern. Jede Verletzung, jede Enttäuschung dieses Vertrauens hinterläßt bereits vom frühesten Säuglingsalter an Spuren in der Seele des Kindes. Alle Versäumnisse beim Aufbau von Vertrauen werden sich negativ auf die Entwicklung des Kindes auswirken.

Mutter und Vater sind Vorbilder für ihre Kinder - gute oder schlechte. Was sie ihren Kindern vorleben, werden sie früher oder später im Verhalten des Kindes bzw. Jugendlichen und Erwachsenen wiederentdecken. Eltern, die in der Familie, im Beruf und allen Bezügen, in denen sie leben, Verantwortung tragen, verantwortlich handeln, werden damit den Grundstein legen für die Verantwortungsbereitschaft ihrer Kinder. Gleiches gilt für Werte wie Treue, Gerechtigkeitsinn, Toleranz, Bescheidenheit, Geduld und die Bereitschaft zum Teilen und Helfen.

Im Hannöverschen Magazin von 1786 werden einige Aufgaben der Familie genannt, die wir lange - allzu lange - nicht mehr ernst genommen haben: „Gegenseitige Rücksichtnahme, Anstand, Interesse füreinander, Duldsamkeit, Selbstbeherrschung, kurz - die Aufgabe, sich gemeinschaftlich und wechselseitig beständig zu veredeln und zu vervollkommen.“

Man mag diese Aufgabenbeschreibung altertümlich finden. Aber lohnt es sich nicht, neu darüber nachzudenken? Das „Veredeln“, wir können auch sagen Kultivieren, von den uns anvertrauten Kindern, ist keine stumpfsinnige Aufgabe für ein „dümmlisches Heimchen“ am Herd. Es ist eine der verantwortungsvollsten, schwersten und zugleich schönsten Aufgaben, die Eltern übertragen bekommen. Darum ist es skandalös, ständig Frauen und Männer vor den Einengungen und Beschränkungen zu warnen, die Mutter- bzw. Vaterschaft mit sich bringen können.

Die Familie ist auch der erste und wichtigste Ort zur Vermittlung von christlichen Werten. Nächstenliebe, Vergebung, Treue und die Ehrfurcht vor dem Leben zählen zu den wichtigsten Grundlagen unseres Glaubens. Wer diese Werte weitergeben möchte, muß zuallererst selbst Vorbild sein. Wir können nicht nur reden, wir müssen leben - vorleben -, wovon wir überzeugt sind. Das ist die beste Erziehung der nächsten Generation.

Dabei sind Eltern auf Hilfe und Unterstützung angewiesen. Diese kann von staatlichen Institutionen kommen und natürlich auch von den Kirchen. Man wünscht sich von manchen Lehrern mehr Mut zur Erziehung. Fachwissen ist wichtig, die Vermittlung von Werten, die unsere Gesellschaft tragen, ist mindestens ebenso wichtig - wenn nicht wichtiger.

Wünsche und Hoffnungen können sich jedoch nicht nur an staatliche Institutionen im allgemeinen und die Lehrer im besonderen richten. An der ethischen Aufbauarbeit sollte sich insbesondere auch die Kirche beteiligen. Sie hat eine Botschaft, die sich - wie keine andere - gegen jede Gewalt richtet. Sie hat eine Botschaft, die alle Werte einschließt, deren Verlust wir heute beklagen. Diese frohe Botschaft darf nicht defensiv vertreten werden oder gar bis zur Unkenntlichkeit versteckt werden. Mehr Mut zum Bekenntnis, zur Verkündigung und zur Seelsorge ist das Gebot der Stunde.

„Wir müssen das, was wir denken, auch sagen. Wir müssen das, was wir sagen, auch tun. Wir müssen das, was wir tun, dann auch sein.“ (Alfred Herrhauser) ■

Anm.:

Elisabeth Motschmann, Mitglied im EAK-Bundesvorstand, ist Abgeordnete der Bremer Bürgerschaft.



# Werte im Wandel - Familie als Institution in der Krise?

Kristel Bendig

„Wir leben in einem lügenhaften, sehr heruntergekommenen Zeitalter. Die heutige Jugend zeigt kaum noch Respekt vor den Eltern. Sie ist von Grund auf verdorben, voller Ungeduld und ohne jede Selbstbeherrschung. Über die Erfahrungen und Weisheiten der Älteren spottet sie. Das sind sehr beängstliche Zeichen, und man muß vermuten, daß sich darin Verderben und Untergang des Menschengeschlechts drohend ankündigen“.

Wer dieses Zitat hört und glaubt, es spreche ihm aus der Seele und stamme aus unserer Zeit, irrt. Es ist fast viertausend Jahre alt und zeigt, daß das Thema immer wieder neu und spannend ist. (Ägyptische Inschrift, 2100 - 1700 v. Chr.)

Das Thema Wertewandel und Erziehung ist immer wieder „in“ - in den Schulen, unter Lehrern und Eltern, in der Wissenschaft, in der Politik und schließlich in den Medien.

## Wie ist das Bild unserer Jugendlichen heute?

Es ist verwirrend und widersprüchlich: Politikverdrossenheit einerseits, Engagement in Umweltschutzgruppen andererseits, Konsumorientierung auf der einen, Begeisterung für soziale Projekte auf der anderen Seite, Gewaltbereitschaft und Rechtsextremismus auf der einen, friedensbewegtes Engagement auf der anderen Seite.

Daher geht es in der derzeitigen Diskussion um Wertewandel und Erziehung in Wahrheit wohl vielmehr um eine Krise unserer Gesellschaft, einen Wertewandel der Gesellschaft in Richtung einer stärkeren Individualisierung der Lebensentwürfe. Denn: Einen Wertewandel im Sinne des Wertezusammenbruchs gibt es nicht, wohl aber eine Kri-

se in der Rangfolge geltender Werte. Sie ergeben sich aus den Umbrüchen der politischen, gesellschaftlichen, der wirtschaftlichen, der ökologischen und der sozialen Probleme, die uns derzeit umtreiben.

Die Diskussion des Wertewandels ist nicht die Frage einer Gesellschaft, in der keine Werte mehr gelten, sondern die Frage, welche Rangfolge welche Werte haben sollen. Gibt es noch die sog. Alltagsstugenden wie Verlässlichkeit, Rücksichtnahme auf die Gefühle des anderen, Hilfsbereitschaft, Pünktlichkeit, die durchaus keine Sekundärtugenden sind, sondern vielmehr eine Kultur des Kompromisses darstellen, ein Zugeständnis an Menschlichkeit, aber nicht ein Zugeständnis an ein Ideal?

## Werte in unserer Gesellschaft

In der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland wird über die Rangfolge von Werten gestritten, weil es einen Gegensatz gibt; z.B. zwischen der Frage möglichst ökologischer Handlungsweisen und der Sicherung von Arbeitsplätzen, oder der Sicherung von Arbeitsplätzen und einer notwendigen Rationalisierung. Gestritten und infragegestellt wird nicht der Abbau des Sozialstaates, wohl aber die Höhe der zu zahlenden Leistungen.

Unter der Überschrift Wertewandel erschien am 11. April 1996 in der „Bergischen Landeszeitung“ ein Beitrag, der sich mit dem Rekord bei Scheidungen in Nordrhein-Westfalen auseinandersetzte.

„Der Negativrekord gibt zu denken. Die Statistik zeigt, daß die Scheidungshäufigkeit in den letzten 25 Jahren kontinuierlich zugenommen hat. Sicherlich spielt die gewachsene Lebenserwartung beim Auseinanderbrechen der Bindungen eine Rolle. Ehen dauern

jetzt leicht zwanzig bis dreißig Jahre länger als früher. Damit sind sie auch stärkeren Belastungen ausgesetzt und scheitern leichter. Die überwiegende Zahl der Scheidungen geht jedoch auf das Konto einer sich stark verändernden Gesellschaft.

An oberster Stelle dürfte rangieren, daß die Frauen finanziell immer unabhängiger werden. Damit wächst ihre Trennungsbereitschaft. Fast zwei Drittel der Scheidungsverfahren werden derzeit von Frauen beantragt.

Eine weitere entscheidende Rolle spielen Religion und gesellschaftliche Entwicklung. Der sinkende Einfluß der Kirchen und die Tatsache, daß eine alleinstehende Frau nicht mehr von der Gesellschaft ausgeschlossen wird, trägt sicher zur Scheidungsbereitschaft bei.

Immer häufiger wird von Frauen auch das Fehlen von Bereitschaft zu partnerschaftlichem Verhalten als Grund für eine Trennung angegeben, ein sicheres Zeichen für den gestiegenen Stellenwert der Frau, aber auch ihres Anspruchs an die Qualität einer Beziehung.

Statistiken belegen auch, daß die Scheidung keineswegs eine generelle Abkehr von Ehe und Familie bedeutet. Häufig wird wiedergeheiratet. Und der zweite Anlauf bringt stabilere Bindungen.“

Die Scheidungshäufigkeit kann nicht als Indiz dafür herangezogen werden, daß die Familie ein gesellschaftliches Auslaufmodell sei. Auch für jüngere Altersjahrgänge ist der Begriff Familie meist positiv besetzt und als Lebensziel eingepflanzt. Was sich aber geändert und ausdifferenziert hat, sind die Lebensformen der Familien.

In der vorindustriellen Gesellschaft war die Familie vorwiegend eine Notgemeinschaft, die durch einen Zwang zur Solidarität zusammengehalten wurde. Im Alltag der Bundesrepublik Deutschland galt sie jahrzehntelang als das anerkannte und allgemein angestrebte Lebensmodell. Doch die aktuellen Trends in Richtung Individualisierung veränderten den Charakter des Familienalltags. Im Zusammenhang mit den

sozialen Wandlungsprozessen scheint die traditionelle Familie ihre Monopolstellung zu verlieren.

Heute müssen in jeder Ehe unterschiedliche Lebensweisen, Werte, Denkweisen, Kommunikationsformen, Rituale und Alltagsroutinen erst zu einer Ehe- und Familienwelt zusammengefügt werden. Und jede Familie wird sich wahrscheinlich vollständig von der ihrer Nachbarn unterscheiden. Auch aus diesem Grunde nimmt die Bedeutung der traditionellen Familie ab, weil sich neue Lebensformen, wie z.B. die „Ehe“ ohne Trauschein oder ohne Kinder, Alleinerziehende oder Fortsetzungsfamilien, verbreiten. Diese neuen Zwischen- und Nebenformen, Vor- und Nachformen - auch sie sind Familie.

Trotzdem gibt es eine Krise der Familie als Institution. Das gesamte Umfeld, in dem Familien heute leben, bedarf der Erneuerung, d.h. es muß darum gehen, die gesellschaftlichen Bedingungen zu verbessern, damit die Familie ihre ureigenen Aufgaben, insbesondere auf dem Gebiet der Erziehung und der Wertevermittlung erfüllen kann.

Probleme im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit oder Wohnungsmangel, mit Einsparungen im Sozialbudget oder mit dem Systemwechsel in den neuen Bundesländern haben ihre Folgekosten in den Familien und treffen insbesondere die Mütter. Bis zu welcher Belastungsgrenze Familien jedoch ihre Funktion als tragendes Element der Gesellschaft erfüllen können, ist offen.

Politisch werden solche Fragen zwar benannt - etwa im Fünften Familienbericht der Bundesregierung oder in den Verlautbarungen zum Internationalen Jahr der Familie 1994, die sozialstaatliche Praxis erweist sich bezüglich der konkreten Problemlagen von Familien oft als wenig hilfreich.

Der bekannte Familienwissenschaftler Hans Bertram hat jüngst die globalen Thesen deutscher und amerikanischer Wissenschaftler von der zunehmenden Brüchigkeit von Ehe und Familie und der

Regionen die behaupteten dramatischen Veränderungen festzustellen sind. Vielmehr läßt sich die Stabilität von Ehe und Familie belegen. Allerdings spielt in den städtischen Zentren neben der Ehe das Ledigsein als Lebensform eine wichtige Rolle. Ein neues Phänomen ist dabei das Zusammenleben mit einem dauerhaften Partner, mit dem man aber nicht in einer Wohnung lebt.

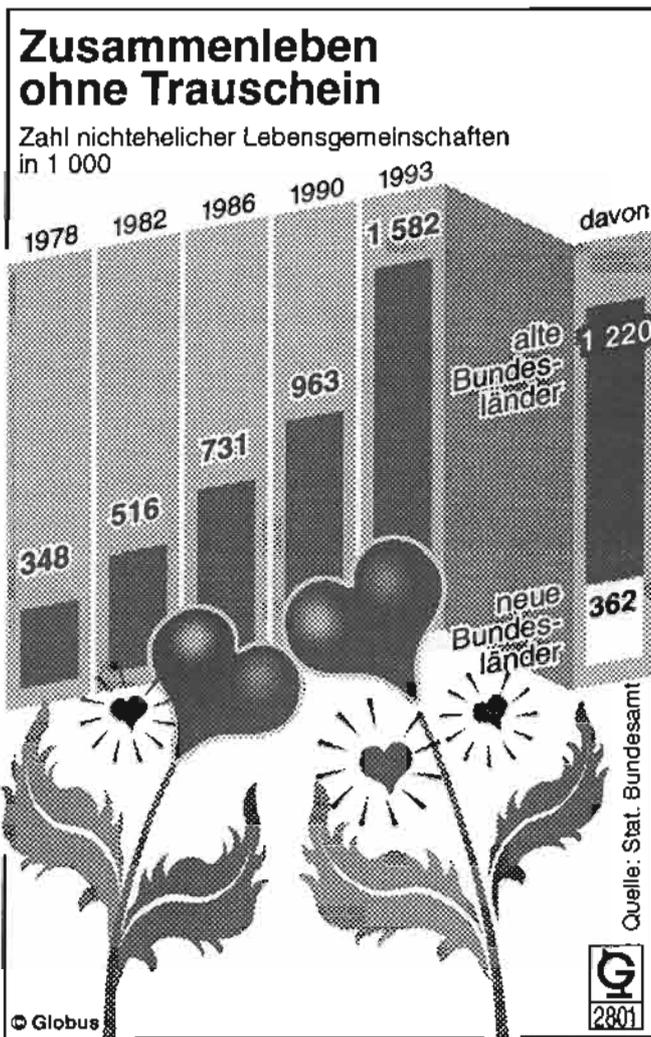
In der Bundesrepublik hat sich seit den 70er Jahren die Anzahl von Paaren, die ohne Trauschein zusammenleben, drastisch erhöht, von etwas mehr als hunderttausend auf gut 1,5 Millionen heute. Gerade für die junge Generation sind nichteheliche Lebensgemeinschaften ein Stück gesellschaftlicher Normalität geworden. Im Zusammenhang mit dem gesamtgesellschaftlichen Entwicklungstrend belegen die Ergebnisse, daß für die jüngere Generation die „Ehe ohne Trauschein“ eine bedeutsame neue Lebensform, aber in den selteneren Fällen eine Familienform im eigentlichen Sinne darstellt, eher ein „Prüfverfahren“ für Ehetauglichkeit im Sinne des „Drum prüfe, wer sich ewig bindet“.

Fernab aller Tatsachenorientierung wird in den Medien ein oft einseitiges, negatives Familienbild gezeichnet, wobei die Familie als eine veraltete und überholte Institution erscheint. Dagegen besitzt die Familie als personale Lebensgemeinschaft bei den jungen Menschen und in der Bevölkerung auch heute noch eine hohe Wertschätzung.

„Die Zukunft gehört denen, die der nachfolgenden Generation Grund zur Hoffnung geben“.  
(Pierre Teilhard de Chardin)

Anm.:

Kristel Bendig ist Referentin der Frauen-Union in der CDU-Bundesgeschäftsstelle.



neuen Beliebtheit familialer Beziehungen überprüft und auf der Basis der Daten des Mikrozensus die familiären Lebensformen für jenen Zeitraum betrachtet, in dem sich die allgemein behaupteten Wandlungstendenzen vollzogen haben sollen, die Jahre von 1972 bis 1987.

#### Verschiedene Lebensformen

Für eine regional differenzierte Analyse hat er zusätzlich noch die Mikrodaten des Familien-Surveys des Deutschen Jugend-Instituts herangezogen, so daß als Grundlage der Auswertung die Daten von insgesamt 67.000 Personen vorlagen.

Herausgestellt hat sich, daß weder in städtischen Zentren noch in ländlichen

# Schritte auf dem richtigen Weg

Dr. Jürgen Warnke

Die Amtszeit der 8. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland 1991 bis 1996 neigt sich ihrem Ende zu. Im November tritt sie in Borkum zu ihrer letzten Sitzung zusammen. Entsprechend dem Konstituierungs- und Wahlverfahren wird der von der neuen Synode gewählte Rat ein Jahr später, Ende 1997, die Verantwortung vom jetzigen Rat übernehmen.

Die Amtsperiode von Synode und Rat waren gekennzeichnet nach innen durch das Zusammenwachsen der Kirchen in den alten und den neuen Bundesländern, nach außen durch Deutschlands neue Verantwortung nach dem Ende des Kalten Krieges, durch den wirtschaftlichen Strukturwandel in Deutschland und der Welt und die Selbstbehauptung der Kirchen gegenüber fortschreitender Säkularisierung sowohl im Osten wie im Westen unseres Landes.

## Das Zusammenwachsen der Kirchen

Am 28. Juni 1991 traten zum ersten Mal seit drei Jahrzehnten wieder Synodale aus allen evangelischen Landeskirchen Deutschlands in Coburg zur Eröffnungstagung der 8. Synode zusammen. Im Jahre eins der wiedergewonnenen Deutschen Einheit, nach einer Generation der Trennung, wirkten Kirchensteuereinzug durch den Staat, Einführung des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen und Erhöhung der Vergütungen für Pfarrer und Mitarbeiter auf die Kirchen des ehemaligen Kirchenbundes der DDR befremdend. Eine Diakonie, der der Staat nach dem Grundsatz der Subsidiarität Vorrang zubilligte bei Kindergärten und Altenheimen, Krankenhäusern sowie im sozialen Bereich und sie dafür mit Finanzmitteln ausstattete, wurde als unangemessen staatsnah empfunden.

Als nahezu unüberwindlich erwiesen sich Barrieren für das Vertrauen in den Staat im Bereich der Soldatenseelsorge. Für die Kirchen in den neuen Ländern war der Militärseelsorge-Vertrag zwischen EKD und Bundesrepublik Deutschland auch nach 30 Jahren Bewährung der Zusammenarbeit und einer einhelligen Billigung durch die Soldaten der Bundeswehr unannehmbar. Für Vertreter der westlichen Gliedkirchen blieb die Übertragung von Mißtrauen gegenüber dem Staatsapparat der DDR auf den freiheitlichen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland unverständlich. Es brauchte die gesamte Amtsperiode der 8. Synode und mehr als eine Kanzlerrunde, um bei grundsätzlicher Weitergeltung des Militärseelsorgevertrages einen Modus vivendi über das Jahr 2000 hinaus für die Kirchen in den neuen Ländern zu erarbeiten.

Die Aufdeckung von Verstrickungen mit der Staatssicherheit auf allen kirchlichen Ebenen traf die Ratsmitglieder aus den östlichen Landeskirchen besonders. Derartige Kontakte waren für sie jenseits aller Vorstellbarkeit gewesen. Der Rat tat sich schwer, damit umzugehen. Ein befreiendes klares Wort hat er nicht gefunden - auch nicht den Ausdruck des Dankes, daß Gott die evangelischen Kirchen in der DDR ungeachtet der Verfehlungen einzelner als intakte Kirchen erhalten hatte und sie sein Instrument zur friedlichen Revolution gewesen sind - bei allen Unterschieden vergleichbar der Rolle der katholischen Kirche in Polen in der Einleitung der Überwindung des Kommunismus.

Zur Behandlung der politischen Rolle der Kirchen in der alten Bundesrepublik Deutschland in der Frage der Deutschen Einheit in den drei Jahrzehnten vor der Deutschen Einheit sah der Rat keine Veranlassung. Die Einseitigkeit, daß nur Vergangenheit im Osten auf der Tagesordnung stand, kann für die Ratsmitglieder aus den neuen Ländern nicht erfreu-

lich gewesen sein. Vielleicht gibt die neue Schätzung der Gauck-Behörde von 10 bis 20.000 Stasi-Mitarbeitern im Westen, die mangels Anfrage westlicher Berechtigter nicht bekannt gegeben werden können, den Anstoß, daß die 9. Synode und der von ihr gewählte Rat diesen Bereich unserer jüngsten Geschichte ausgewogen behandeln.

Im menschlichen Miteinander, im gegenseitigen Kennenlernen und Verständnis waren Synode und Rat erfolgreiche Katalysatoren und sind ihrer Aufgabe gerecht geworden, der wiedergewonnenen kirchlichen Einheit ein tragfähiges Fundament zu geben.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und damit auch das Ende des kalten Krieges erforderten eine neue Definition der Rolle und Verantwortung Deutschlands in der Welt. Der 7. Synode war auf ihrer letzten Sitzung im Februar 1991 in Berlin eine Fürbitte für Soldaten im Golfkriegseinsatz schon deshalb unmöglich, weil ihre Mehrheit davon ausging, daß auch auf Aggression nur mit Diplomatie, nie mit militärischer Aktion geantwortet werden dürfe. Der mörderische Konflikt auf dem Balkan brachte eine Neuorientierung, nicht nur in der Erkenntnis, daß militärische Einsätze als ultima ratio unvermeidlich bleiben, sondern auch in der Einsicht, daß es für Deutsche keinen Sonderweg geben dürfe.

Der Ratsvorsitzende, Bischof Engelhardt, hat auf der Synode von Osnabrück im Ratsbericht die Wende vollzogen: „Militärische Gewalt kann erforderlich werden gegen rechtlose Gewalt - nach meiner Auffassung gelten für Deutschland keine anderen Regeln und Kriterien als für andere Staaten.“ Die Synode ist ihm darin gefolgt. Die Kirche hat sich Deutschlands Mitwirkung an der Herstellung eines - wenn auch täglich noch bedrohten - labilen Friedens auf dem Balkan nicht in den Weg gestellt.

Verantwortung nach außen galt es auch zu übernehmen, als gegen Mitte der 90er Jahre klar wurde, daß das Aufnahmeverfahren für Asylbewerber nicht geeignet war, Asylberechtigte von Wirtschaftsflüchtlingen zu unterscheiden, und der Zustrom die Aufnahme-

fähigkeit Deutschlands erschöpft hatte. Rat und Synode haben sich der notwendigen Grundgesetzänderung nicht verschlossen.

Schwerpunktthema der Tagung in Bad Wildungen im ersten Jahr nach der Neuwahl der Synode war die „Zukunftsfähigkeit des wirtschaftlichen Handelns“. Prof. Trutz Rendtorff, Vorsitzender der Kammer für öffentliche Verantwortung, präsentierte die Denkschrift, in der die Kirche die soziale Marktwirtschaft auf den Prüfstand christlicher Verantwortung stellte und bejahte. In ihrem Titel „**Gemeinwohl und Eigennutz**“ war das Wesen der sozialen Marktwirtschaft in drei Worte zusammengedrängt: den Eigennutz vor den Karren des Gemeinwohls schirren. Die Kirche hatte sich damit gut gerüstet für das, was unvorhersehbar in den 90er Jahren eintrat: der weltweite wirtschaftliche Strukturwandel.

### Der Konsultationsprozeß

1994 konnte sie gemeinsam mit der katholischen Kirche mit der Veröffentlichung „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ einen weitgespannten Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen einleiten. Ein Jahr war dafür vorgesehen, mehr als zwei Jahre sind mittlerweile vergangen. Die Diskussion wurde in großer Breite geführt, innerhalb der Kirchen und auch außerhalb mit Gewerkschaften und Unternehmern, mit Sozialeinrichtungen und politischen Parteien. Die Kirchen haben selber gelernt und neue Einsichten nicht nur in volkswirtschaftliche Zusammenhänge, sondern auch in die Grenze ihres Handelns bekommen. In einer Handreichung des Rates an die Gliedkirchen liest sich das so: „Die Kirche hat weder ein Mandat noch Kompetenz in der Diskussion um eine wirtschafts- und sozialpolitische Konsolidierung, selbst ein Programm mit konkreten Handlungsvorschlägen zu entwickeln und zu vertreten oder sich im Gegenüber zu den Tarifvertragsparteien und den verschiedenen politischen Positionen auf eine Seite zu schlagen“.

In der Zielsetzung: „Der Lethargie zu wehren und Kräfte zu mutigem Handeln freizusetzen“ finden sich Ansätze

kirchlicher Verantwortung, um auch der Gemeinschaft von qualifizierter Arbeitnehmerschaft und Unternehmern gerecht zu werden, von deren Leistungs- und Risikobereitschaft die zukünftige Tragfähigkeit des sozialen Netzes für die Armen und Schwachen abhängt. Schärferer Herausarbeitung bedarf noch der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Globalisierung, Strukturwandel, der Notwendigkeit der Anpassung von sozialen Leistungen in unserem Land und dem kräftigen Wirtschaftswachstum sowie der Verbesserung des Lebensstandards und Minderung der Armut in den Entwicklungsländern.

Indem sich Deutschland dieser Herausforderung stellt, leistet es einen wirksameren Beitrag für die Entwicklung der Staaten des früheren Ostblocks und der Länder der Dritten Welt, als alle Kapitalhilfe je vollbringen kann.

Die Einführung der Pflegeversicherung war eine Forderung auch der EKD. Sie hat es nicht als ihre Aufgabe betrachtet, für die damit verbundene Erhöhung der Sozialabgabenbelastung eine Kompensation vorzuschlagen, sondern ein Draufsatteln für möglich und wünschbar gehalten. Die Abschaffung des Bußtages war die Folge dieser Illusion.

### Erkennen des Wesentlichen

Die mit dem Strukturwandel einhergehende Verknappung öffentlicher Einnahmen hat auch das Kirchensteueraufkommen erfaßt. Die Steigerung der Effizienz des Mittel- und Personaleinsatzes hat Synode und Rat während der gesamten Amtsperiode beschäftigt insbesondere in der Medienarbeit. Die höhere Wirksamkeit der Medienarbeit der katholischen Kirche wie auch der Evangelikalen beispielsweise im Rundfunkbereich wird zu einer Neustrukturierung kirchlicher Presse und Rundfunkarbeit der EKD führen.

In der Medienarbeit berühren sich Wirtschaftlichkeit der Organisation und Wirksamkeit der Verkündigung. Das Jahr mit der Bibel 1992, die Aktion „Gott ist ein Freund des Lebens“ zum Schutze des ungeborenen Lebens, das Schwerpunktthema „Leben im Angebot - Angebot des Lebens“ der 4. Tagung der Synode in Osnabrück 1993 waren offensive Ant-

worten der Kirche auf Säkularisierungstendenzen in West und Ost. Hinzukam die Fertigstellung des neuen evangelischen Gesangbuches, das über den unmittelbar gottesdienstlichen Zweck hinaus einlädt zur Lektüre und Besinnung - die evangelisch-lutherische Landeskirche in Bayern machte es zum Gegenstand einer öffentlichen Werbekampagne.

Hinzukam, so scheint es mir, im Laufe dieser sechs Jahre, eine zunehmende Festigkeit gegenüber Versuchen von Interessengruppen, die Kirche vor ihren Karren zu spannen. Das galt für wirtschaftliche und politische Sonderinteressen, für gesellschaftliche und soziale Bereiche und zwar nach außen wie nach innen: Kirchliche Kammern und Arbeitsgruppen bekamen ihre Vorlagen zurück, solange sie außerkirchliche Aspekte in den Vordergrund stellten oder die der Kirche gesetzten Grenzen nicht einhielten.

Oft machte sich der Einfluß der Ratsmitglieder aus den neuen Ländern in die Richtung der Rückführung auf das Wesentliche bemerkbar. Ein geglücktes Beispiel für Orientierung an Schrift und Verkündigung ist die Ausarbeitung: „Mit Spannungen leben - Eine Orientierungshilfe des Rates der EKD zum Thema 'Homosexualität und Kirche'“. Unter der Federführung des Theologen Prof. Härle hat ein Arbeitskreis, dessen Zusammensetzung ein weites Meinungsspektrum abdeckte, ebenso die Vielfalt der Teilnahmemöglichkeiten Homosexueller an kirchlichem Leben aufgezeigt, wie die Grenzen gezogen, die die Bibel zieht. Mir scheint, daß neben einer gewissen Ernüchterung die Konzentration auf das Eigentliche der Kirche, „die Verkündigung des auferstandenen Christus“ auch in mannigfachen weltlichen Verantwortungen eine wichtige Summe dieser synodalen Amtszeit und dieser Ratsperiode sein kann.

Ernüchterung und Konzentration auf das Eigentliche der Kirche als Summe einer Rats- und Synodalperiode: Mir scheinen es Schritte auf dem richtigen Weg zu sein. ■

Anm.:

Dr. Jürgen Warnke, MdB, ist Mitglied im Rat der EKD.

# Martin Luther und sein Umfeld

Dr. Hans Horn

„Der Mensch Luther und sein Umfeld“ war das Thema eines wissenschaftlichen Kolloquiums auf der Wartburg bei Eisenach, zu dem die Wartburg-Stiftung mit Unterstützung der Luther-Gesellschaft vom 2. bis zum 5. Mai dieses Jahres aus Anlaß des 450. Todestages des Reformators am 18. Februar eingeladen hatte und an dem Lutherforscher und -freunde aus sieben Ländern, unter ihnen Neuseeland und die USA, teilnahmen.

Dem Generalthema waren acht Referate gewidmet, die sich nicht nur durch einen für diesen Rahmen notwendigen und üblichen hohen Grad von Wissenschaftlichkeit auszeichneten, sondern auch durch einprägsame Formulierungen und Konzentration auf das Wesentliche.

Und selbstverständlich belebte das großartige Flair von Landschaft und Geschichte des Tagungsortes die Gespräche, selbst die wissenschaftlichen. Die Wartburg ist immer ein richtiger Ort, um Luther zu würdigen. Doch der Burghauptmann Günter Schuchardt konnte in seiner Begrüßung die Gäste auf ein interessantes Datum hinweisen, das die Eisenacher Lokalpatrioten ohnehin kennen: Genau am 4. Mai 1521, also vor 475 Jahren, traf Luther als „Opfer“ einer Scheinentführung auf der Wartburg ein und blieb dort - mit einer Unterbrechung - bis zum 1. März 1522.

Es war ein reicher Abschnitt seines Lebens, nicht nur durch die Übersetzung des griechischen Neuen Testaments ins Deutsche, sondern z.B. auch durch die sog. Kirchenpostille, eine Auslegung der Advents- und Weihnachtsperekopen, die Luther später sein bestes Buch genannt hat.

Wie nähert man sich Luther, um ihm besser, das heißt in dem, was ihn bewegte, zu begreifen? Keine leichte Frage angesichts der zahlreichen Perspektiven, die möglich sind, und angesichts der Stofffülle, die durchdrungen werden will. „Martin Luther - eine theologische Existenz“ war der Einstieg, den der Präsident der Luther-Gesellschaft, Reinhard Schwarz (München), wählte und damit freizulegen versuchte, was Luthers Motivation war und was Inhalt seines Zeugnisses wurde. Luther ist nur zu verstehen, wenn er in seiner Bindung durch das Wort Gottes und in seiner Befreiung durch Christus begriffen wird. Frontstellungen zu Papst oder zu bestimmten kirchlichen Lehren sind nicht das Primäre, sondern entwickeln sich

aus den grundlegenden biblisch-theologischen Erkenntnissen und Entscheidungen, wobei Luther dankbar auf Zeugen aller Zeit der Kirche Jesu Christi - herausragend der Kirchenvater Augustinus - zur Vergewisserung seines eigenen Weges hinweisen konnte. Die Lasten, denen die Geschichte Luther aussetzte, waren geradezu niederdrückend, denn Kirche und Reich sagten ein entscheidendes Nein zu Luthers Thesen. Es stellt sich die Frage: Wie sah Luther sich selbst? Sein Selbstverständnis untersuchte Bernhard Lohse (Hamburg) und stellte dabei heraus, daß Luther sich als „Doktor der Heiligen Schrift“ und dann zunehmend als Prediger und Evangelisten bezeichnete. Sein Anspruch, im Namen Jesu Christi zu sprechen, beruhte auf der Tatsache, daß er sich auf die Heilige Schrift gründete und so der Papstautorität die Schriftautorität entgegenstellte.

Wie hart der Streit von allen Seiten geführt wurde, machte Martin Brecht (Münster) anhand von Zitaten deutlich, wobei der Ton gerade auch bei Luther gereizter wurde. Vor allem seine späteren Schriften sind zum Teil von kochender Polemik durch-

tränkt, selbst dann, wenn der Anlaß durchaus theologischer Natur ist. Doch der „Streiter Martin Luther“ - so der Titel des Referates von Brecht - darf nicht isoliert von seinen Wittenberger Mitarbeitern und Freunden gesehen werden. Sie haben, wir denken an Philipp Melancthon, Justus Jonas, Johannes Bugenhagen, Caspar Cruciger d.Ä., entscheidende Beiträge für das theologische Profil der reformatorischen Bewegung und für den

Ein Schuster, ein Schmied, ein Bauer - jeder hat seines Handwerks Amt, und doch sind alle gleichgeweihte Priester und Bischöfe, und jeder soll mit seinem Amt oder Werk dem andern nützlich und dienbar sein, so daß mancherlei Werke alle für eine Gemeinde geschehen, Leib und Seel zu fördern.

Martin Luther

Aufbau evangelischer Gemeinden und Landeskirchen geleistet. Wie Hans-Peter Hasse (Leipzig) nachwies, haben die von Künstlern wie Lucas Cranach d.Ä. geschaffenen Gruppenbilder, aber auch Vorreden zu Büchern dazu beigetragen, die Wittenberger als Gruppe zu verstehen, wobei das Eigenständige eines jeden des Wittenberger Freundeskreises übersehen wird. Ein Team im modernen Sinne waren sie nicht.

Den Beziehungen Luthers zu den Bischöfen des Reiches und zu Kaiser und Papst gingen Eike Wolgast (Heidelberg) und Gerhard Müller (Erlangen) nach. Der erste Bischof, der für die Reformation gewonnen wurde, war Georg von Polen, der Bischof von Samland (Ostpreußen). Um einen der einflußreichsten Kirchenfürsten, Albrecht von Mainz, hat Luther vergeblich geworben. Der Aufbau der evangelischen Landeskirchen veranlaßte Luther, zwei evangelische Bischöfe (Nikolaus von Amsdorf für Naumburg, Georg von Anhalt für Merseburg) zu „weihen“, und dieser Aufbau führte auch zur Entwicklung des fürstlichen „summus episcopus“, der von den Reformatoren zwar als „Notbischof“ gedacht war, aber immerhin bis zum Ende der Monarchie in Deutschland existent blieb.

Hatte Luther mit manchem altgläubigen Bischof seine Schwierigkeiten und stand er in entscheidender Ablehnung zum Anspruch des Papsttums, so ist seine Hochachtung vor Kaiser Karl V., immer-hin einem der überzeugtesten Gegner der Reformation, bemerkenswert und vielleicht überraschend. Er sprach von ihm als dem „edlen Blut“ und dem „frommen guten Kaiser Karl“. Als der Kaiser auf dem Reichstag von Speyer 1544 den Evangelischen mit gewissen Konzessionen entgegenzukommen versuchte und er damit den massiven Protest des Papstes provozierte, antwortete Luther diesem mit der Kampfschrift „Wider das Papsttum zu Rom, vom Teufel gestiftet“, einer der härtesten Schriften, die er verfaßte.



Zum 475jährigen Jubiläum der Ankunft Martin Luthers auf der Wartburg war der EAK-Bonn angereist.

Kein Streiter, sondern ein Mensch von beeindruckender Fähigkeit zur Zuwendung, das war der Reformator als „Ehemann und Familienvater“ (Karin Bomkamm/Bielefeld). Mit Worten tiefer Dankbarkeit pries er sein Ehe- und Familienglück, denn „viele haben Frauen, aber wenige finden Frauen“. Zahlreich sind die Zeugnisse Luthers und der Gäste seines Hauses für die geachtete Stellung, die die so lebenskluge und tatkräftige Frau Käthe im Familienkreis hatte. Und wie erfreuten sich die Kinder der zarten Aufmerksamkeit ihres Vaters!

### Hörer des Wortes

Die Vorträge und Diskussionen auch dieses Kolloquiums - unter der sachkundigen Leitung von Ernst Badstübner (Greifswald) - machen ebenso wie die nicht mehr überschaubare Fülle der Publikationen zum Thema Luther überhaupt die Frage drängend, worauf es Luther eigentlich ankam, denn die vielen „Luther und ...“ oder „Luther als...“-Themen können - so notwendig

und wichtig sie für die Gesamtbeurteilung wiederum sind! - auch irritierend wirken. In seinem Festvortrag „Die Worte Christi geben das Leben“ führte Helmar Junghans (Leipzig) zu Luthers zentralem Anliegen, daß der Mensch zum Hörer des Wortes Gottes wird, das einer Tat gleichkommt, aber nicht durch menschliches Tun ersetzt werden kann. Jedoch nicht nur Vorträge, die übrigens im Wartburg-Jahrbuch 1997 der Wartburg-Stiftung veröffentlicht werden, machten das Kolloquium aus.

Der Festgottesdienst in der Eisenacher Georgenkirche u.a. mit dem Landesbischof der Evang.-Lutherischen Kirche in Thüringen, Roland Hoffmann, und dem Generalbischof der Slowakischen Evangelischen Kirche Augsburgischer Bekenntnisse, Julius Filo, sowie ein Konzert des COLLEGIUM VOCALE BERLIN und der LAUTTEN COMPAGNEY mit geistlicher Vokal- und Instrumentalmusik aus dem 16. Jahrhundert in dem Festsaal des Palas der Wartburg,

land-Radio und dem MDR (Kultur) live übertragen wurde, waren nicht weniger als die Referate Höhepunkte des Zusammenseins.

Daß Luther auch heute noch über den kirchlichen Bereich hinaus ein Echo findet, bewies die große Zahl der Gäste, die einer Einladung zum Empfang beim Landesbischof folgte, unter ihnen Ministerpräsident Bernhard Vogel, Landtagspräsident Franz-Michael Pietzsch, die stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende, Ministerin Christine Lieberknecht und der Thüringer Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Gerd Suchardt.

Sowohl Vogel als auch Pietzsch würdigten Luthers Wirkungen für Kirche und Staat insgesamt, aber ebenso seine Rang in der Geschichte Thüringens und Sachsens. Doch für Eisenach und alle Interessierten ist damit das Lutherjahr 1996 nicht beendet. Neben zahlreichen Einzelveranstaltungen laden mehrere wirklich sehenswerte Ausstellungen jeweils ein in das Thüringer Museum (Bildersturm in Eisenach), in das Bachhaus (Luther und die ev. Kirchenmusik), in das Luther-Gymnasium (Schule zur Zeit Luthers) und in das Lutherhaus (Luther: Der Gestalter deutscher Kultur und Gesellschaft).

### Luther war ein Genie

Herausragend die Ausstellung „Alles Knecht und Christi Untertan - Der Mensch Luther und sein Umfeld“ auf der Wartburg bis zum 31. Oktober diesen Jahres, eine Ausstellung, den gleichen thematischen Schwerpunkten verpflichtet wie das Kolloquium und durch eine Fülle anschaulicher Exponate und durch präzise und zugleich verständliche Erläuterungen ausgezeichnet. Ein 423-seitiger Katalog verleiht der Ausstellung Dauer. Es stimmt, was Goethe zu Eckermann 1828 sagte: „Luther war ein Genie sehr bedeutender Art; er wirkt nun schon manch guten Tag und die Zahl der Tage, wo er in fernem Jahrhunderten aufhören wird produktiv zu seyn, ist nicht abzusehen.“ ■

### Anm.:

Dr. Hans Horn ist Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtages und Bezirksvorsitzender des EAK-Bergisches Land.

## Zum Diskussionspapier:

### „Sexualität und Lebensformen“ sowie „Trauung und Segnung“

Karsten Matthis

Die Kammern der EKD und die Theologischen Ausschüsse der Landeskirchen in Deutschland veröffentlichten in der Vergangenheit stets abgewogene, nüchterne und auf Konsens bedachte Stellungnahmen. Polemik und Provokation waren den theologischen und sozialtheologischen Voten fremd. In strittigen Fragen wurde sorgfältig und redlich argumentiert, die evangelische Vielfalt blieb unangetastet. In jüngster Zeit wurden konträre Meinungen im Konsultationsprozeß zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen gelassen diskutiert. Der breit angelegte Dialog wurde nicht nur ertragen, sondern als Bereicherung im Sinne protestantischer Streitkultur begrüßt.

Der Theologische Ausschuß der Rheinischen Landeskirche schlägt mit seinem im April 1996 vorgelegten Papier: „Sexualität und Lebensformen“ sowie „Trauung und Segnung“ eine andere Tonart an. Der Ton ist ungewöhnlich hart und unversöhnlich. Konträre theologische bzw. sozioethische Positionen werden geradezu abgestraft. In ihrem Anhang des Diskussionspapiers (S. 98-100) zum Votum des Theologischen Ausschusses der Arnoldshainer Konferenz: „Gottes Segen und die Segenshandlungen der Kirche“ (Neukirchen 1995) wird diese Stellungnahme scharf angegriffen und abgekanzelt. Das Votum der Arnoldshainer Konferenz leiste Vorurteilen Vorschub, insbesondere was die biblische Legitimation der Ehe angeht. Die Autoren der Arnoldshainer Konferenz wären „dem landläufigen Mißverständnis, daß durch den kirchlichen Segen eine Institution abgesegnet und damit legitimiert wird, ...“ (S. 99) erlegen. Der Sprachgebrauch sei unscharf, da die Fremdheit (?) der biblischen Texte nicht erkannt wird. Das eigene Eheverständnis werde in der Bibel wiedergefunden, statt es von den biblischen Texten her zu relativieren und zu kritisieren (S. 99). Dem Arnoldshainer Votum wird zudem unterstellt, es setze sich nicht ernsthaft mit der Diskriminierung von

homosexuellen Menschen in unserer Gesellschaft auseinander. „Irrige Vorurteile“ verleiteten dazu, die „Segnung von gleichgeschlechtlichen Paaren restriktiv zu handhaben“. Der Theologische Ausschuß der Rheinischen Landeskirche schließt mit einem kräftigen Eigenlob. Bei den strittigen Fragen zur (Homo-) Sexualität sei das Rheinland vorausschauend und vorbildhaft. Das Arnoldshainer Votum sei kein weiterführender Gesprächsbeitrag, so der rheinische Ausschuß, und bleibe vielmehr deutlich hinter dem rheinischen Gesprächsprozeß zurück (S. 100).

#### Votum der Arnoldshainer Konferenz

Die kritische Lektüre des Arnoldshainer Votums kann jedoch zu einer entgegengesetzten Bewertung führen: Anders als die rheinische Vorlage bemüht es sich um eine fundierte biblische Exegese und eine sachliche Betrachtung des reformatorischen Erbes. Im Kontrast dazu sind die exegetischen Ergebnisse sowie die Beurteilung des lutherischen Eheverständnisses im rheinischen Votum für den Autor höchst problematisch und stehen in der wissenschaftlichen Theologie isoliert dar. In der biblischen Exegese und der systematischen Analyse folgt das rheinische Votum nicht der „herrschenden Meinung“, sondern will offensichtlich „theologisches Neuland“ betreten.

Hingegen ist die Sprache des Arnoldshainer Votums der kirchlichen Praxis näher als das „verwaschene“ Soziologendeutsch des Gegenentwurfes. Die Schrift ist im übrigen übersichtlicher gegliedert und auch für Nichttheologen verständlich. Die Arnoldshainer Erklärung scheut sich auch nicht, eindeutige Positionen zu beziehen: „Für die Ehe gibt es klare biblische Grundlagen, die sich auf die dauerhafte verantwortliche Lebensgemeinschaft von Mann und Frau und die dadurch mögliche Nachkommenschaft beziehen. Auf diese Grundlage ist die kirchliche Segenshaltung bezogen. Die Einzigartigkeit der dauerhaften Lebensge-

meinschaft von Mann und Frau kann die Kirche nicht durch vergleichbare Segenshandlungen undeutlich werden lassen“ (S. 72). Es lohnt sich also, die Veröffentlichung der Arnoldshainer Konferenz „Gottes Segen ...“ zu Rate zu ziehen.

Wird das EKD-Binnenklima bewußt oder unbewußt in Mitleidenschaft gezogen, so wird ganz offensichtlich auf ökumenische Aspekte in der rheinischen Stellungnahme keinerlei Rücksicht genommen. Wohl kaum werden sich die Diözesen auf dem Gebiet der Rheinischen Landeskirche damit abfinden, daß der „kirchliche Traugottesdienst ein Element des Gesamtritual Hochzeit“ ist und nicht länger im eigentlichen Sinne als kirchliche Amtshandlung zu verstehen ist. Es soll nicht dem katholischen sakramentalen Verständnis von Ehe das Wort geredet werden, aber das rheinische Votum mit seinem Segensverständnis muß negative Auswirkungen auf die Traugottesdienste von konfessionsverschiedenen Paaren haben. In der katholischen Kirche wird der Wunsch nach Klärung des evangelischen Eheverständnisses bestehen.

Was bedeuten die Forderungen nach Entsakramentalisierung und Entklerikalisierung des Segens für den ökumenischen Dialog? Was heißt es, die sexuelle Bedeutung des Segens neu zu verstehen? Diese Fragen sind legitim und werden sicherlich von konfessionsverschiedenen Ehepaaren als belastend empfunden. Es bleibt zu hoffen, daß das Diskussionspapier keine Mehrheit in Presbyterien und Synoden der Rheinischen Landeskirche finden wird. Es taugt auch nicht zu „Schrittmacherdiensten“ in der EKD und darüber hinaus in der EKD. In seiner Konsequenz bedeutet das rheinische Votum eine Absage an die Volkskirche, eine scharfe Kurskorrektur in Theologie und Sozioethik im Verständnis von Ehe, Familie und Sexualität. Die Ehe wird abgewertet und anderen Lebensformen gleichgestellt. Der Konsens zu den ökumenischen Trauformularen wird zerstört. Aus guten Gründen ist ein unüberhörbares „Nein“ zu diesem Votum des Theologischen Ausschusses der Rheinischen Landeskirche geboten und die richtige Antwort! ■

Anm.:

Karsten Matthis, Diplom Theologe, ist Mitglied im EAK-Landesvorstand NRW.

**Kurz notiert**

**Die Einheit vollenden**

„Nicht nur die politischen Mandatsträger stellen fest: Die Einheit ist nicht schon dadurch verwirklicht, daß der staatliche Zentralismus der DDR unter der Herrschaft der SED durch den Willen des Volkes aufgelöst wurde und die neuen Länder die föderale Struktur und das demokratische Mehrparteiensystem angenommen haben.

Daß der Einigungsprozeß in eine Zeit fällt, in der nicht von ungefähr das Wort von der Krise der Parteien, der demokratischen Parteien, umgeht, macht die Sache nicht leichter.

Nicht nur die Verantwortlichen in der Wirtschaft erfahren, wie schwierig der Weg aus dem planwirtschaftlichen Dilemma in die Marktwirtschaft ist.

Dieser Weg muß sich als Sackgasse erweisen, wenn die soziale Verpflichtung, die gerade die wirtschaftlichen Prinzipien der Bundesrepublik jahrzehntelang mit geprägt hat, auf der Strecke bleibt.

Nicht nur die im geistigen und kulturellen Bereich verantwortlichen und engagierten Frauen und Männer stellen fest, daß die Entmachtung einer Ideologie längst noch nicht bedeutet, daß Menschen gültige Werte erkennen und anerkennen.

Ist überhaupt hinreichend bewußt, wie wichtig die al-

ten und doch immer neu zu entdeckenden Grundwerte für das Leben des Menschen wie für das Zusammenleben in einer Gesellschaft sind, soll sie das Attribut „human“ verdienen?

Ich bin davon überzeugt, daß die eigentliche Gefährdung des Einigungsprozesses nicht zuerst in der Vergangenheit und ihren Hinterlassenschaften besteht, sondern darin, daß wir uns in der Frage nach den Grundwerten mit gültigen Antworten so schwer tun ...“

*(Auszug aus der Ansprache von Georg Kardinal Sterzinsky anlässlich des Michaelempfangs am 11. September 1996 in Bonn, der gesamte Text kann beim EAK über Tel.: 0228/544-302 bestellt werden.)* ■

**„Aufbruch in eine solidarische und gerechte Zukunft“**

Gemeinsame Texte 8, Dokumentation der Berliner Konsultation über ein gemeinsames Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland (9. bis 10. 2. 1996, Berlin.)

Der gerade erschienene Band enthält die Texte der Berliner Versammlung und stellt Verlauf, Ergebnisse und Tendenzen des Konsultationsprozesses vor.

Er ist sicherlich besonders für die im EAK interessant, die sich an dem Diskussionsprozeß beteiligt haben.

Zu bestellen über: Kirchenamt der EKD, Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover

**Freiheit und Verantwortung im vereinten Deutschland**

Die gesamtdeutsche Wertediskussion, die die Freunde aus ostdeutschen Landesverbänden gefordert haben, ist für uns alle eine große Chance. Sie kann nicht nur die Basis für neue Lösungsansätze liefern, sondern uns auch den Wert unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung neu bewußt machen. Die Erfahrung der Unfreiheit läßt den Wert der Freiheit bewußter erleben.

Dr. Christoph Bergner, am 31.8.1996, in Halle

**Bücher**

**Hans Jakob Schmitt:**

„Die Wende - Wandel?“  
Der Stimmton klingt nach Lieben

ISBN 3-89501-117-7

„Die Wende - Wandel?“

Einmalig ist Deine Melodie

ISBN 3-89501-116-9

R.G.Fischer Verlag

Frankfurt/Main 1995

Die beiden Bände des Werkes „Die Wende - Wandel?“ greifen eine aktuelle Frage auf, und das nicht nur im Blick auf die tiefgreifende Veränderung der Welt, wie sie vor nun sechs Jahren geschehen ist. Es ist eine Binsenwahrheit festzustellen, daß wir diese Veränderung, die uns Deutschen die Einheit geschenkt hat, noch längst nicht geistig bewältigt haben.

Hans Jakob Schmitt lehrt uns in seinem Werk, nun nicht bei den Beispielen gegenseitigen Nicht-Verstehens zu verharren, wie sie uns im vordergründigen Gerede von „Ossis“ und „Wessis“ begegnen, sondern zunächst nach unseren eigenen Grundlagen zu fragen, um dadurch zum Verstehen zu kommen. Der Pädagoge und Philosoph tut das, indem er uns in das Gespräch zwischen vier Menschen

einbezieht, die aus Ost und West, vor allem aber aus höchst verschiedenen Traditionen europäischen Denkens kommen.

So begegnet der Leser nicht dem belehrenden Lehrer, sondern er wird als stummer Teilnehmer am Gespräch zur Erkenntnis geführt.

Schmitt vermag das, indem er uns an die reichen geistigen Schätze erinnert, die wir den Griechen verdanken, und die er auf bemerkenswerte Weise mit dem Zeugnis der Bibel und damit auch mit dem semitischen Denken des Alten Testaments verbindet.

„Unterlage mit kräftiger Wurzel war mir der Glaube wie ihn mir die Bibel verkündet, Stamm das Denken, das mich die Griechen lehrten“, bekennnt am Ende der Ge-

**Eichholzer Forum:**

**„Politik und Technik in der Verantwortung - Neue Technologien und Arbeitswelt**

28.10.-29.10.1996 (VA 284)  
Schloß Eichholz,  
50387 Wesseling

Weitere Informationen  
unter: 02236/707-235

sprache der so verschiedenen Freunde Jakob, hinter dem sich der Autor selbst verbirgt.

Dieser Glaube an den Schöpfer und die Bindung an europäisches Denken zugleich läßt den Verfasser den Versuch wagen, in einer „schöpferischen Verspannung“, einer „poetischen Diatonie“, die eben nicht die Spannung zwischen Polen, sondern ein „Aufeinander-Bezogenheit“ ist, die Grundlage für ein neues Verhältnis zwischen den Menschen zu sehen, mögen sie in Denken und Glauben auch noch so verschieden sein. „Aus der Hinwendung zum anderen zeitigt sich das Selbst, ist so abhängig und zugleich frei zum Wachsen“.

Was das bedeutet? Aber das mitzerleben, muß man sich schon auf die Lektüre der beiden Bände einlassen! Man wird dabei übrigens auch erfahren, welche Ausdruckskraft in unserer Sprache ruht, wenn man sie Wort für Wort, ja Silbe für Silbe ernstnimmt!

*Albrecht Martin*

**Horst Georg Pöhlmann:** *Begegnungen mit dem Hinduismus.* Lembeck Verlag, Frankfurt/Main 1995 (ISBN: 3-87476-309-9)

Horst Georg Pöhlmann hat während zweier längerer Indienaufenthalte zahlreiche Gespräche mit Gläubigen, Priestern und Gurus geführt. Aufgrund seiner Beobachtungen, Gespräche und gezielten Umfragen in südindischen Tempeln zeichnet er ein lebendiges Bild des Hinduismus, wie er wirklich im Alltag gelebt wird. Es geht um eine Theologie von unten, um eine Erfahrungstheologie, die nicht am Schreibtisch, sondern in le-

bendigen Begegnungen mit einer anderen Religion oder Konfession entsteht.

**Tschernobyl-Medizin-Hilfe e.V. (Hrsg.):** *99 Worte von meiner Zukunft* Kölner Universitäts-Verlag, Köln 1996



5 Mark jedes verkauften Buches fließen direkt in Projekte der Tschernobyl-Medizin-Hilfe e.V. zur Unterstützung der medizinischen Versorgung der Kinder, die am stärksten betroffen sind. Ein Beitrag zur gemeinsamen Gestaltung einer menschlichen Welt - denn die Kinder sind unsere Zukunft.

## Aus unserer Arbeit

### EAK-Moers: Kontakte nach Ostungarn

Aus einem Besuch vor drei Jahren in Budapest bei der Zentrale der Christlich Demokratischen Volkspartei (Keresztyendemokrata Néppárt, KDNP) Ungarns ergaben sich Kontakte zwischen dem EAK-Kreisverband Wesel und der Stadt Balmazújváros. Eine Gruppe von Mitgliedern der KDNP und Sympathisanten besuchten im Herbst 1994 EAK-Mitglieder in Moers und dabei wurde festgestellt: Auf nach Balmazújváros! Die erste Osterferienwoche paßte genau. Zum EAK-Kreisvorsitzenden Wolfgang Hemkens und einigen Moersern gesellte sich die Bundestagsabgeordnete Ilse Falk mit ihrem Ehemann, einem gebürtigen Siebenbürger, und einem ihrer Söhne.

Die Stadt Balmazújváros liegt in der Region Hajdú-Bihar, ca. 25 km westlich von der Bezirkshauptstadt Debrecen. Ringsum ist Puszta, urtümliches, herbes Steppengebiet. Bedingt durch diese Umgebung ist das Leben der Menschen dort einfach, eher karg.

So wirkt dann auch die herzliche, aufopfernde Gastfreundschaft auf den westdeutschen Besucher rührend. Aber es wäre beleidigend, diese Gastfreundschaft auszuschlagen. Das karge Umfeld hat sicher die Menschen geprägt, und so erscheinen sie anspruchslos und zufrieden. Ob der Fremde die wahre Armut dieser Leute überhaupt wahrnehmen kann angesichts ihrer Gastfreundschaft?

Unsere Reisegruppe wurde als offizielle Delegation des EAK Kreis Wesel und damit als politische Gruppierung der Bundesrepublik Deutschland angesehen. Aus dieser Sicht ergab sich ein dicht gedrängtes Programm über die sechs Tage mit 9 Bürgermeisterempfangen in bedeutenden Städten der Region und beim Vorsitzenden des Regionalparlaments in Debrecen. Da unsere Delegierten für die Region etwas Außergewöhnliches und Besonders war, wurden die Empfänge während dieser Woche von der Presse und sogar vom ungarischen Fernsehen begleitet.

Unser Ziel war die Vertiefung der Kontakte der Menschen in Ostungarn auf der Basis unseres christlichen Menschenbildes. So wurde von Wolfgang Hemkens im Namen des EAK Kreis Wesel und von Dr. Gabor Bathori für die KDNP Balmazújváros eine Vereinbarung unterzeichnet. Mit dieser Unterzeichnung ist die Gründung eines „Christlich-Demokratischen Freundeskreises“ verbunden, um gegenseitige Besuche, die deutsche Sprache - vor allem bei Jugendlichen - in der Region und das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Zur Unterzeichnung dieser Vereinbarung war aus Budapest eigens der Vertreter der

## EAK-Landestagung NRW

9. November 1996, 9.30 Uhr bis 15.30 Uhr  
FFFZ-Tagungshaus, Kaiserswerther Str. 450, Düsseldorf

### „Haben Kirche und Staat sich auseinandergelbt?“

mit Präses Peter Beier, Düsseldorf  
und Bundesminister Dr. Norbert Blüm, Bonn

**Schülerwettbewerb:  
Luthers Beitrag zur  
Entwicklung des  
sozialen Staates**

**Einladung zur  
Preisverleihung**

**am 11. November 1996,  
19 Uhr**

Kunstmuseum Bonn

u.a. mit:  
Bundesminister  
Jochen Borchert,  
Ministerin  
Christine Lieberknecht

Anmeldung unter:  
02 28/5 44-3 05

ungarischen KDNP für auswärtige Angelegenheiten und Parlamentsabgeordnete Herr Dr. Surjan angereist. In seinem Beitrag wies er auf die Bedeutung gerade des EAK in der Region Hajdú-Bihar für die vielen dort ansässigen Evangelisch-Reformierten hin.

Besonders eingegangen sei auf die Deutschungarn. Es gibt sehr viele in der Region und in Balmazújváros selbst einen ganzen Ortsteil mit eigener reformierter Kirchengemeinde und eigenem Kirchengebäude. Deutsch wird allerdings nur in Ausnahmefällen gesprochen. Nach wie vor wirkt hier ein Trauma nach und Angst vor dem kommunistischen System, auch im Hinblick auf das Erstarken der sozialistischen Partei. Nach Einmarsch der russischen Armee in die Region wurden aus Deutschdorf, dem deutschstämmigen Ortsteil von Balmazújváros, über 500 Menschen am 13. Januar 1945 deportiert und über 3 - 5 Jahre gefangen gehalten; 150 Menschen sind dabei umgekom-

men. In stillem Gebet vor dem Mahnmal auf dem Friedhof stehend, ergreifen einen Trauerer und Nachdenklichkeit: Warum behandeln Menschen andere Menschen so lebens- und menschenverachtend? Es sei uns Mahnung an uns selbst.

Der Besuch in dieser südosteuropäischen Region vermittelte kulturelle Eindrücke. Die kirchliche und weltliche Architektur aus Barock, Zopfstil, Klassizistik bis hin zum Jugendstil wirkt ausgesprochen westeuropäisch.

Mag dieses Plädoyer durch die ansässigen Deutschungarn beeinflusst erscheinen, so war beeindruckend, wie bei einem Schulbesuch in Balmazújváros die deutsch lernenden Kinder, einheitlich schwarz-weiß adrett gekleidet, deutsche Kinderlieder sagen. Als Geschenk bekamen wir anschließend jeder ein selbstgemaltes Bild.

Nicht nur durch die unterzeichnete Vereinbarung verpflichtet, steht für uns außer Frage: Wir fahren wieder hin nach Hajdú-Bihar. Gegend, Menschen und Kultur sind so beeindruckend, daß wir alles näher kennen lernen wollen.

Nur andeutungsweise kam zum Ausdruck, daß wir von den dort lebenden Menschen Anregungen erhalten, so daß sich Zusammenspiel und gegenseitiges Achten und Beachten entwickeln wird. Was böte sich für uns besser an, als Kontakte zur Schwesterpartei Kereszténydemokrata Néppárt zu vertiefen, auch im Hinblick auf die Stärkung dieser politischen Kraft? So wollen wir unseren Beitrag leisten, daß auch Ungarn zur Bereicherung in unseren Kulturkreis Europa wieder eingebunden wird. ■

*Dr. Jürgen Smits  
(gekürzter Bericht)*

**Religionsunterricht  
in NRW**

„Religionsunterricht kann nicht neutral sein!“ Mit diesem klaren Bekenntnis unterstrich der neue Präses der Westfälischen Landeskirche in einem ersten Gespräch mit dem EAK-Landesvorsitzenden von NRW, Thomas Rachel, MdB, die Bedeutung, die die Kirchen dem Religionsunterricht an den Schulen für die Vermittlung von Glaube, Werten und christlichen Traditionen zuordnen. Religionsunterricht sei mit Ethik nicht gleichsetzbar.



Einen kontinuierlichen Austausch zwischen EAK und Landeskirche vereinbarten der neue westfälische Präses Sorg (r.) und der EAK-Landesvorsitzende von NRW, Thomas Rachel, MdB (l.).

Der Idee von NRW-Kultusministerin Behler (SPD), ein Ersatzfach Praktische Philosophie an den Schulen anzubieten, stand Präses Sorg aber grundsätzlich positiv gegenüber. Denn andernfalls könne den Schülern, die Religion abgewählt haben, gar keine Grundunterweisung in ethischen Fragen und Normen gegeben werden. ■

**Mit der Kirche  
im Gespräch**

Frankfurt. Der Evangelische Arbeitskreis Frankfurt am Main hat in seiner Reihe "Mit der Kirche im Gespräch" Jean Claude Diallo eingeladen. Der Referent hat sich ausgewiesen als ein sachkundiges Gegenüber der Stadt, wenn es um kritische Auseinandersetzungen mit Fremden geht. Seine berufliche Tätigkeit und seine Ausbildung sind dafür gute Voraussetzungen. Jean Claude Diallo leitet den Fachbereich Ökumene und Ausländerarbeit im Evangelischen Regionalverband; er ist Diplom-Psychologe und stammt aus Guinea.

Die jüngsten Kurden-Demonstrationen führten zwangsläufig zu der Frage, warum sich Asylanten und Asylsuchende nicht ihrem Gastland anpassen. Jean Claude Diallo überraschte mit der Behauptung, daß Deutsche zu harmoniebedürftig seien. Solange es kein Einwanderungsgesetz gebe, werde man mit mehr Schwierigkeiten fertig werden müssen als eigentlich nötig. ■

**Bezirkswahlen des  
EAK-Unterfranken**

Zeilitzheim. Auf der Bezirksversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU-Unterfranken wurde Bezirksrätin Ruth Bauer erneut in ihrem Amt als Bezirksvorsitzende des EAK bestätigt. Zu Stellvertretern wurden Stadträtin Christa Nürnberger (Bad Kissingen) und Stadtrat Mathias Ritzmann (Schweinfurt) gewählt.

**EAK hat wichtige Aufgabe in der CDU**

**Marburg.** Dem Evangelischen Arbeitskreis ist in der CDU die Aufgabe zugewachsen, die christlichen Grundwerte bewußt zu machen, sagte **Dr. Christean Wagner**, als er zum Thema „Christsein und Politik“ sprach. Damit habe der EAK auch eine wichtige Funktion für den dauerhaften Bestand der christlich-demokratischen Union. Christen sollten sich nicht von der Politik fernhalten aus Angst, dabei schuldig zu werden, sondern sie sollten vielmehr bereit sein, Verantwortung zu übernehmen. Zur Verantwortungsbereitschaft gehöre jedoch auch die Tugend der Demut. Politiker sollten die Grenzen ihres Einflusses und sowohl ihre Irrtumsfähigkeit als auch ihre Vergebungsbedürftigkeit eingestehen. Sie sollten deutlich machen, daß die Trennung von privatem Glauben und öffentlicher

Verantwortung nicht möglich ist. Als Christen sollten sie deshalb Zuversicht ausstrahlen, wenn sie sich dem Abenteurer Politik aussetzen. ■

**Neu im Angebot**

Neu im Angebot der EAK-Materialien ist der 3. Band der Bonner Theologischen Gespräche. Er umfaßt die Vorträge 21 bis 30 von 1993 - 1996. Ab sofort können Sie über Tel.: 0228/544-305 Einzelexemplare kostenlos bestellen. ■

**EAK: Bindeglied zwischen Kirche und Partei**

**Magdeburg.** Bei der letzten Kreisvorsitzendenkonferenz in Magdeburg wurde ein Arbeitsblatt verteilt, das Fragen zur Arbeit und zum Erscheinungsbild des EAK stellte.

Folgende Schwerpunkte ergaben sich bei der Auswertung der Fragebögen:

1. *Was will ich in und mit meinem Kreisverband bewegen?*  
Christen zur öffentlichen Verantwortung ermutigen und Bindeglied zwischen Kirche und Partei/Mandatsträger sein.
2. *Wie kann ich meine Ziele umsetzen?*  
Gespräche zwischen CDU-Politikern (auch Kommunal-) und örtlichen Christengruppen und Kirchenältesten, auch „Erlebnisveranstaltungen“
3. *Was möchte ich ändern?*  
Mehr Unterstützung von Seiten der Landesgeschäftsstelle, die CDU-Stimme in der Kirche und die kirchliche Stimme in

der CDU hörbar machen, keine „Pöstchenjäger“

**4. Welche Themenfelder kann der EAK besetzen?**

Sozialpolitische und bildungspolitische Themen, Aussiedler, Familie, Fremde unter uns, Arbeit als Sinnstiftung, Wertesetzung und -vermittlung in pluraler Gesellschaft, „Traumland“ Deutschland, Subsidiarität als Überlebensprinzip, Vertrauen und Wagnis, Ökumene

**5. Welche Informationen brauche ich und wo kann ich sie mir besorgen?**

Vorlagen der Parlamente und der EKD, Strukturen der Landeskirche, Bibel, „EV“, Adressenliste aller EAK-Kreisvorsitzenden, kalendarische Vorschau von EAK-Veranstaltungen in „EV“.

**6. Was für ein Image haben wir als Vereinigung in der Öffentlichkeit?**

*Welches hätten wir gern?*  
EAK muß als eigenständige „Vereinigung“ anerkannt werden/die Gruppe innerhalb der CDU, die Argumente des Christlichen in die aktuelle Politik einbringt/Urteil der Nichtwissenden: „Die sind ja CDU!“, Urteil der Erlebhabenden: „Davon bräuchten wir mehr!“/z.Zt. Image als einer eher unbedeutenden politischen Gruppierung/Erstrebt: Image als eines kompetenten und gesuchten Gesprächspartners.

**7. Wie können wir mehr Publikumswirksamkeit erreichen?**

Fragen „vor Ort“ aufgreifen, Info-Stände bei CDU-Veranstaltungen oder Kirchentagen, persönlicher Kontakt zur Presse, regelmäßige Pressearbeit, Veranstaltungen mit Kirchengemeinden, Presse-Infos von der EAK-Bundesgeschäftsstelle (z.B. Ergebnisse des EAK-Bundesvorstandes). ■

**Soziale Marktwirtschaft - wohin?**

**Krefeld.** Unter diesem Arbeitstitel lud der Kreisvorsitzende des EAK, Kreisverband Krefeld, **Christian Simon**, in den Gemeindesaal der Friedenskirche ein.

Für Christian Simon war diese Veranstaltung ein gelungener Einstand als neugewählter Kreisvorsitzender. ■

**Wahlen beim EAK-Esslingen**

**Esslingen.** Im Landkreis Esslingen wurde ein neuer Kreisvorstand gewählt. Vorsitzender wurde **Ralf Krämer**. Die Auseinandersetzung mit aktuellen Themen sowie eine aktive Mitgliederwerbung sind die vorrangigen Ziele für die nächste Wahlperiode. ■

**Evangelischer Arbeitskreis der CDU Nienburg hat neuen Vorstand**

**Nienburg.** Der neue Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises der Kreis-Nienburger CDU: **Helmut Leeke** als Vorsitzender, **Ute Ernsting** als stellvertretende Vorsitzende, **Karsten Brüggemann**, **Gesche Neumann**, **Friedrich Rengsdorf**, **Rosemarie Volger** und **Irmgard Cornelius** als Beisitzer bilden das neue Team, das die Arbeit im Vorstand in den kommenden Jahren gestalten wird. ■

**VI. Eichholzer Sportforum**

**„Gemeinwohl und Selbstverantwortung - Die Bedeutung des Sports in einer zukunftsorientierten Gesellschaft“**

**24. bis 25. Oktober 1996**  
Schloß Eichholz,  
50387 Wesseling

mit: Bundesministerin **Claudia Nolte**, Bundesminister **Horst Seehofer**, Staatsminister **Anton Pfeifer** u.a.

Weitere Informationen:  
02236/707-235

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU - Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht - Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 544-305/6 - Fax 544-586 - Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Abonnement-Preis jährlich 20,- DM - Konto: EAK, Postgiroamt Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 - Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn - Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten - Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber - Papier: 100% chlorfrei Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!



## Zum Erntedankfest 1996

Jochen Borchert

Dem Erntedankfest wird in unserer Zeit und in unserem Land eine andere Bedeutung zugemessen als noch vor Jahrzehnten. „Unser täglich Brot“ steht nicht mehr im Vordergrund. Dank der Arbeit unserer Bauern ist es für jeden eine Selbstverständlichkeit, satt zu sein. Heute geht es uns vielmehr um hochwertige und gesunde Nahrungsmittel, um Natur- und Umweltschutz, um schöne Dörfer und attraktive Erholungslandschaften.

### Wo Hunger herrscht, drohen Kriege

Doch schauen wir nach Osteuropa, Lateinamerika oder Afrika, so sehen wir, daß die Versorgung aller Bürger mit Nahrungsmitteln zu tragbaren Preisen nicht selbstverständlich ist. Im Gegenteil: Sie ist die mühsam zu schaffende Voraussetzung für eine freiheitliche Ordnung, politische Stabilität und wirtschaftlichen Aufbau. Wo Hunger herrscht, drohen Unruhen und Kriege,

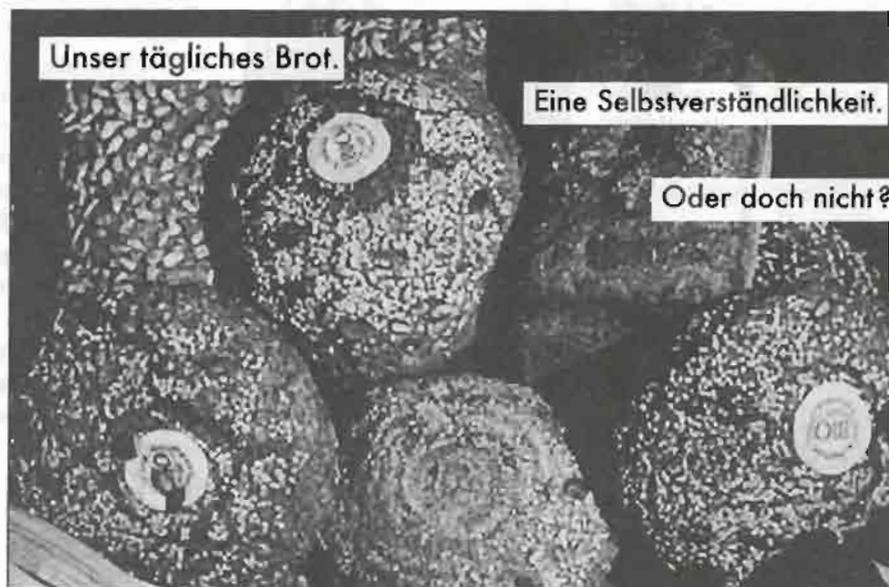
beginnen sich Flüchtlingsströme in Bewegung zu setzen.

Hunger und Not herrschen nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch im eigenen „Haus Europa“. Während des Krieges auf dem Balkan, dem die Welt weitgehend ohnmächtig zuschauen

mußte, wurden ganze Städte und Regionen ausgehungert.

Unserem Herrgott sollten wir darum nicht nur dafür danken, daß wir in Frieden leben dürfen, sondern auch dafür, daß wir dank unserer sicheren Ernten den vergangenen Jahren in akuten Notfällen schnell helfen können. So bleibt christliche Nächstenliebe nicht nur ein Wort.

Vor allem aber sollten wir auch unser tägliches Brot wieder schätzen und achten lernen und es bewußt und in Dankbarkeit Gott gegenüber zu uns nehmen.



### Unsere Autoren:

Roland Koch, MdL  
Schloßplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

Elisabeth Motschmann, MdBB  
Oberneuländer Landstr. 113 b  
28335 Bremen

Kristel Bendig  
Friedrich-Ebert-Allee 73-75  
53113 Bonn

Dr. Jürgen Warnke, MdB  
Bundeshaus  
53113 Bonn

Dr. Hans Horn, MdL  
Goethestr. 5  
51545 Waldbröl

Karsten Matthis  
Friedrich-Ebert-Allee 73-75  
53113 Bonn